Heute mit 8 Seiten extra jW Beilage »Kampf ums Wohnen«

DIE TAGESZEITUNG

junge Welt

GEGRÜNDET 1947 · **MITTWOCH, 15. JULI 2020, NR. 163** · 1,80 EURO (DE), 2,00 EURO (AT), 2,50 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Kulturkampf
Andrzej Duda hat für die PiS drei Jahre gewonnen, um die polnische Gesellschaft zu formatieren **3**

Kündigungen
Bei Continental kriselt es – wie in der gesamten Branche. Konzernchef kündigt Massenentlassungen an **5**

Komplizen
Vier große Wirtschaftsprüfungskonzerne dominieren den Markt und sind bei jedem Skandal dabei **9**

Kolonialismus
Botschaft der VR China: Über Hongkongs Sicherheitsgesetz werden Unwahrheiten verbreitet **12**

Ehre statt Geld

Frankreich: Macron feiert am Nationalfeiertag das Krankenhauspersonal und will die »Rentenreform« durchsetzen. **Von Hansgeorg Hermann**

LP/OLIVIER ARANDEL/MAXPPP/DPA

Für die präsididale Feier in Paris wurden Krankenhausbeschäftigte in das Zentrum von Paris abkommandiert

Ein beinahe selbstkritischer französischer Präsident Emmanuel Macron hat am gestrigen 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, eingestanden, in den bisher drei Jahren seiner Amtszeit »Fehler gemacht« und es versäumt zu haben, »das Vertrauen« der Bevölkerung zu gewinnen. Wie er in einem Interview mit Journalisten der TV-Sender *TF 1* und *France 2* erklärte, will er die von den Franzosen mehrheitlich abgelehnte »Reform« des Rentensystems dennoch in den bis zur nächsten Wahl verbleibenden zwei Jahren durchsetzen, notfalls auch »gegen sie«.

Dem Gespräch war am Vormittag auf der Pariser Place de la Concorde die übliche Riesenmilitärschau vorangegangen, mit der sich französische Präsidenten am 14. Juli gerne als Armee- und Schlachtenführer produzieren. Ohne Publikum und ohne den traditionellen Vorbeimarsch auf der Avenue des Champs-Élysées, dafür mit einer Hundertschaft Krankenhauspersonal und dem deutschen Gesundheitsminister Jens Spahn auf der Tribüne, hatte der Staatschef ein steifes Zeremoniell in Erinnerung an den Gründer der Fünften Republik, General Charles de Gaulle, und »zu Ehren des heldenhaften Krankenhauspersonals« vorführen lassen.

Die aufmarschierten Uniformierten dokumentierten allerdings vor allem den Willen ihres Oberbefehlshabers, Frankreichs postkoloniale Kriege in Afrika weiterzuführen. Für Mediziner, Krankenschwestern und Pfleger der staatlichen Gesundheitsdienste, die nicht erst seit der Coronapandemie ihre Arbeit bis zur Erschöpfung leisten, hat Macrons Regierung dagegen fast kein Geld übrig.

Das am Dienstag zur präsidialen Feier in das menschenleere Zentrum der Hauptstadt abkommandierte Personal in weißen Arztkitteln hatte dem Staatschef in den vergangenen sechs Wochen erst mit der Drohung, die Arbeit landesweit niederzulegen, einen Kompromiss abringen können. Statt der geforderten 300 Euro im Monat wurde eine Lohnaufstockung um 183 Euro zugestanden, die zunächst ab September mit 90 Euro monatlich und im kommenden März mit noch einmal 93 Euro in Raten verwirklicht werden soll. Zugestimmt hatten dem von der Gewerkschaft CGT als »Parodie« bezeichneten Ergebnis nur drei der fünf gewerkschaftlichen Verhandlungsführer.

Das Ziel seiner »Reformpolitik« will Macron auch nach der Gesundheitskrise nicht ändern. Mit seiner in der vergangenen Woche unter dem Ministerpräsidenten Jean Castex neu formierten Regierung werde er, wie er in dem Interview bekräftigte, »vor allem um Vertrauen werben«. In Castex – einem Vertreter der politischen Rechten wie sein Vorgänger Édouard Philippe – habe er einen Mann, der sich »auf dem Land auskennt und seine Erfahrung hat mit dem öffentlichen Dienst und den Gewerkschaften«, sowie »eine Mannschaft«, die seine »Reformen konsequent durchsetzen kann«.

Als Folge der Pandemie erwartet der Präsident nach eigenen Angaben »einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit bis zum Jahresende«. Von den einschränkenden Maßnahmen der Regierung seien rund 40 Prozent der Beschäftigten betroffen gewesen. Zur Finanzierung der 460 Milliarden Euro, die Frankreich inzwischen für die Unterstützung gefährdeter Betriebe ausgegeben hat, werde er aber keine »Reichensteuer« erheben. »Einen Unternehmer zu besteuern, der in die Zukunft investieren will, wäre absurd«, erklärte Macron. Priorität für die Zeit nach Corona sei »die Einstellung junger Menschen« und die Ausbildung von rund 700.000 Schulabgängern.

London knickt vor USA ein

Großbritannien verbannt chinesisches Unternehmen Huawei aus 5G-Mobilfunknetz

Großbritannien schließt den chinesischen Netzwerkausrüster Huawei vom weiteren Aufbau seines 5G-Mobilfunknetzes aus. Ab Ende dieses Jahres dürften Mobilfunkanbieter keine 5G-Ausrüstung mehr von Huawei kaufen, sagte der britische Digitalminister Oliver Dowden am Dienstag vor dem Parlament in London. Zudem sollen alle bereits verwendeten Komponenten des chinesischen Herstellers bis zum Jahr 2027 aus dem Netz entfernt werden. Huawei kritisierte die Entscheidung und warf der britischen Regierung vor, unter dem Druck der USA eingeknickt zu sein.

Dowden äußerte nach Beratungen der britischen Regierung mit dem Nationalen Sicherheitsrat unter dem Vorsitz von Premierminister Boris Johnson, es handle sich bei der Absage an Huawei-Ausrüstung für den weiteren 5G-Aufbau um das »beste Mittel«, um die Sicherheit des Netzes zu gewährleisten. Die britische Regierung hatte dem chinesischen Technologieriesen noch im Januar erlaubt, bis zu 35 Prozent der strategisch zweitrangigen Infrastruktur für das 5G-Netz zu bauen. Britische Mobilfunkanbieter verwenden seit fast 20 Jahren Huawei-Produkte. Zuletzt verstärkte die Regierung von US-Präsident Donald Trump jedoch den Druck auf London, Huawei vom weiteren Ausbau des Netzes auszuschließen. Die US-Regierung wirft Huawei eine zu große Nähe zur Kommunistischen Partei Chinas vor.

Laut Dowden spielten bei der Entscheidung auch im Mai verkündete neue US-Sanktionen gegen den chinesischen Konzern eine Rolle. Deren Ziel war es, Huawei bei der Entwicklung von Halbleitern mit US-Technologie zu behindern. Dazu kündigte Washington an, gezielt gegen den Aufkauf von Halbleitern durch Huawei vorzugehen, die auf US-Technologie basieren.

Huawei erklärte, man sei »enttäuscht« über die Entscheidung Großbritanniens, und appellierte an die Regierung, den Schritt nochmals zu überdenken. Bei diesem sei es nicht um Sicherheit gegangen, sondern um Handelspolitik der USA, erklärte der Sprecher von Huawei in Großbritannien, Ed Brewster. (AFP/Xinhua/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

Polizeipräsident von Hessen tritt zurück

ARNE DEDERT/DPA

Wiesbaden. Hessens Landespolizeipräsident Udo Münch (Foto) tritt wegen der Affäre um rechte Drohmails zurück. Münch habe um seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gebeten, teilte Innenminister Peter Beuth (CDU) am Dienstag in Wiesbaden mit. Münch war als Landespolizeipräsident seit November 2010 im Amt. Auslöser an der Kritik an der Polzei des Landes waren Drohmails mit der Unterschrift »NSU 2.0« an Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende von Die Linke im Hessischen Landtag (siehe *jW* vom Dienstag). Zuvor waren ihre persönlichen Daten über einen hessischen Polizeicomputer abgefragt worden. Die Abfrage soll im Polizeipräsidium Westhessen in Wiesbaden erfolgt sein. Der Polizist, mit dessen Zugangsdaten das getan wurde, wird nach Angaben des Innenministers nur als Zeuge geführt. (dpa/jW)

■ Siehe Seite 4

BRD steigert Exporte von Kriegswaffen

Berlin. Der Wert der in den ersten vier Monaten aus der Bundesrepublik exportierten Kriegswaffen ist auf mehr als 492 Millionen Euro gestiegen. Der Anteil davon, der in NATO-Staaten ging, habe bis einschließlich April 182 Millionen Euro betragen. Das teilte das Bundeswirtschaftsministerium auf eine schriftliche Frage der Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen (Die Linke) mit, wie *dpa* am Dienstag berichtete. An EU-Staaten gingen demnach Rüstungsgüter im Umfang von rund 51,6 Millionen Euro.

Zur Frage nach den tatsächlich erfolgten Ausfuhren in Drittstaaten erklärte die Bundesregierung, anders als noch im Vorjahr, die Details der Antwort zur Verschlusssache – mit Hinweis auf eine mögliche »Re-Identifizierung betroffener Unternehmen« und zum »Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen«. Deutlich wurde aus den Zahlen, dass es eine Steigerung gegeben hat. (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von **2.341 Genossinnen und Genossen** (Stand 13.7.2020)

■ **www.jungewelt.de/lpg**

4 198625 901805 30029